

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Politische Straftaten in Niedersachsen seit dem 7. Oktober 2023

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD), eingegangen am 31.10.2023 - Drs. 19/2749, an die Staatskanzlei übersandt am 01.11.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 16.11.2023

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die Anzahl politisch motivierter Straftaten, die seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag des Angriffs der palästinensischen Hamas auf Israel, begangen wurden, liegt in Niedersachsen im oberen zweistelligen Bereich. Laut Berichterstattung der HAZ war ein wahrnehmbarer Anstieg zu verzeichnen. Als eindeutig antisemitisch wird eine Anzahl im niedrigen zweistelligen Bereich gewertet.¹

Vorbemerkungen der Landesregierung

Straftaten, die aus einer politischen Motivation heraus begangen werden, werden über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Ausgehend von den Motiven zur Tatbegehung und den Tatumständen werden politisch motivierte Taten mindestens einem Themenfeld - aber soweit zutreffend auch mehreren Themenfeldern - zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung im Phänomenbereich abgebildet.

Im KPMD-PMK erfolgt die Zuordnung von Straftaten zu einem Phänomenbereich immer einzelfallbezogen. Grundlage hierzu ist eine Gesamtbewertung insbesondere unter Berücksichtigung von Tatmotivation, Tatumständen und kriminalpolizeilichen Erfahrungswerten. Taten können somit je nach Einzelfallbewertung beispielsweise im Phänomenbereich PMK -rechts- oder PMK -religiöse Ideologie- eingeordnet werden.

1. Wie viele der Straftaten haben einen Bezug zum Israel-Palästina-Konflikt?

Auf der Grundlage einer Erhebung im dynamischen Datenbestand des KPMD-PMK wurde für den Zeitraum vom 07.10.2023 bis 31.10.2023 mit Stand 07.11.2023 eine Auswertung der in Niedersachsen verzeichneten politisch motivierten Straftaten vorgenommen. Im Zusammenhang mit den im Sinne der Fragestellung im KPMD-PMK klassifizierten Themenfeldern Krisenherde/Bürgerkriege Palästina bzw. Krisenherde/Bürgerkriege Israel sind Straftaten im mittleren zweistelligen Bereich zu verzeichnen.

Da es sich um Informationen aus dem dynamischen Datenbestand handelt, wird darauf hingewiesen, dass die Fallzahlen tagesaktuellen Änderungen unterliegen, die zum Teil auf Nacherfassungen und Korrekturen vorgenommener Ersterfassungen zurückzuführen sind.

¹ „Mehr politische Straften“, Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) v. 28.10.23, S. 1.

2. Welchen Phänomenbereichen wurden die Taten zugeordnet (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Phänomenbereich und Bezug zum Israel-Palästina-Konflikt)?

Von den im Betrachtungszeitraum erfassten PMK-Delikten zu den Themenfeldern Krisenherde/Bürgerkriege Palästina bzw. Krisenherde/Bürgerkriege Israel wurden im mittleren zweistelligen Bereich Taten dem Phänomenbereich der PMK -ausländische Ideologie- zugeordnet und Taten im unteren zweistelligen Bereich im Phänomenbereich -religiöse Ideologie-. In den Phänomenbereichen PMK -rechts-, -links- und -sonstige Zuordnung- liegen diese im einstelligen Bereich.

3. In wie vielen Fällen konnten Tatverdächtige ermittelt werden, und welche Staatsangehörigkeiten haben diese (bitte aufschlüsseln nach Anzahl und Staatsangehörigkeit; Mehrstaater sowie Rechtsgrundlagen für den Erwerb der gegebenenfalls beteiligten deutschen Staatsangehörigen bitte möglichst kenntlich machen)?

Zu den im Betrachtungszeitraum erfassten PMK-Delikten mit den Themenfeldern Krisenherde/Bürgerkriege Palästina bzw. Krisenherde/Bürgerkriege Israel sind Tatverdächtige im mittleren zweistelligen Bereich verzeichnet.

Darunter befinden sich im jeweils unteren zweistelligen Bereich die Staatsangehörigkeiten deutsch und syrisch sowie im jeweils einstelligen Bereich die Staatsangehörigkeiten algerisch, irakisch, iranisch, jordanisch, kroatisch, libanesisch, serbisch, türkisch, tunesisch sowie staatenlos oder unbekannt.

Eine gesonderte automatisierte Erfassung von Doppel- bzw. mehrfachen Staatsangehörigkeiten zu den vorgenannten Tatverdächtigen erfolgt im genutzten polizeilichen Auswertesystem nicht.